

ben der Mutter bedroht ist. Großen Widerspruch erfuhr die These, in einem solchen Fall habe der diensthabende Arzt darüber zu befinden, ob das Leben des Kindes oder das der Mutter zuerst zu retten sei. Die abtreibende Frau sollte nach dem Willen Piotrowskis mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden. Die zuletzt angenommene Gesetzesvorlage (50:17:5), die zur ersten Lesung an den Sejm verwiesen wird, sieht zwar weiter eine *Gefängnisstrafe* für die Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs vor, doch wird ein ganzer Personenkreis von der Strafdrohung ausgenommen. So bleibt die Frau straffrei, wenn sie selber die Abtreibung veranlaßt. Dies gilt auch für den behandelnden Arzt, wenn das Leben der Mutter bedroht ist oder die Schwangerschaft Resultat eines Verbrechens ist. Um Härten zu umgehen, ist eine Klausel vorgesehen, die es dem Gericht „in besonders begründeten Fällen“ freistellt, von einer Bestrafung abzusehen. Fünf Jahre Freiheitsentzug drohen denjenigen, die das ungeborene Leben durch Gewalt, Drohung oder Täuschung vernichten. Auch die Veränderung am genetischen Material oder am Umgebungsfeld des ungeborenen Lebens soll mit Einschränkung der bürgerlichen Rechte für zwei Jahre geahndet werden (vgl. *Gazeta Wyborcza*, 1. 10. 1990).

Wann das Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens in Kraft treten kann, ist noch völlig offen. Zunächst einmal wurde es zur Behandlung an die erste Kammer, den Sejm, verwiesen. Hier werden noch lange Kommissionssitzungen in den Ausschüssen bevorstehen. Es wird unmöglich

sein, die Diskussion über die Schwangerschaftsgesetzgebung in Polen aus dem begonnenen Wahlkampf herauszuhalten, der sich über das nächste halbe Jahr hinziehen wird. Für Ende November steht die Wahl des Staatspräsidenten an, und im Frühjahr 1991 soll ein neues Parlament gewählt werden.

Durch die Diskussion über Religionsunterricht und Schwangerschaftsgesetzgebung wird die Rolle der katholischen Kirche im gesellschaftlichen Leben Polens in die Polemik der Wahlkämpfer hineingeraten. Die Kirche selbst wird verstärkt befragt werden, wie sie ihre Rolle in einer pluralistischen Gesellschaft sieht, wie sie ihre reale politische Macht und ihren Einfluß geltend zu machen sucht, ob sie der Meinung ist, daß sich eine mehrheitlich katholische Gesellschaft in einem „katholischen Staat“ widerspiegeln soll. Die Antworten auf diese Fragen teilen weniger Gläubige und Ungläubige in Polen als das katholische Kirchenvolk und die katholische Intelligenz selbst. Viele angesehene Persönlichkeiten aus der katholischen Kirchenbewegung befürchten nach dem Ende des über 40jährigen Kirche-Staat-Konflikts nun eine zu große Nähe von Staat und Kirche, was zugleich auch eine neue Abhängigkeit der katholischen Kirche von den staatlichen Instanzen und politischen Interessengruppen bedeuten würde. Vor der katholischen Kirche in Polen steht die große Aufgabe, in einer pluralistischen Gesellschaft, die zu schützen Aufgabe des Staates ist, auf eine ganz neue Art Volkskirche zu werden.

*Dieter Bingen*

## Entwicklungszusammenarbeit nach dem Ende des Ost-Westkonfliktes

### Fragen an Hans Peter Merz

*Was bedeutet der Zusammenbruch des „Sozialismus“ für die Länder der Dritten Welt? Werden die Entwicklungsländer vom Ende des Ost-Westkonfliktes profitieren? Inwieweit geht dieses auf ihre Kosten? Wo zeigen sich heute die Folgen gravierender Fehler früherer Entwicklungsstrategien? Wie ist das in letzter Zeit wieder heftiger diskutierte übermäßige Bevölkerungswachstum im Blick auf die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung einzuschätzen? Und was ist letztlich wichtiger: Kapitalhilfe oder personelles „Teilen“? Das sind einige Fragen, die in unserem Interview mit dem früheren zweiten Geschäftsführer von Misereor und heutigen Geschäftsführer bei der dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeordneten Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn bei Frankfurt, Hans Peter Merz, angesprochen werden. Die Fragen stellte David Seeber.*

*HK:* Herr Merz, mit der Demokratisierung der Ostblockländer und der Wiederherstellung der Einheit Deutsch-

lands geht der Ost-Westkonflikt zu Ende. Zu erwarten wäre, daß die dadurch freiwerdenden Energien verstärkt der Dritten Welt zugute kommen. Befürchtet wird aber eher das Gegenteil. Über den nun sichtbar gewordenen Problemen, die überwiegend aus dem enormen wirtschaftlichen Gefälle zwischen Ost und West resultieren, gerate, so heißt es, die Dritte Welt trotz gegenteiliger Reden in Vergessenheit. Wie berechtigt sind solche Befürchtungen?

*Merz:* Die Antwort muß sich auf mehrere Ebenen erstrecken. Was Deutschland betrifft, so hat der Bundeskanzler erklärt, wegen der Hilfe nach Osten werde die Hilfe nach Süden nicht geschmälert. Dies ist nachgewiesen durch die Steigerung des Haushalts für die Entwicklungszusammenarbeit um 3,2 Prozent in diesem Jahr. Die Europäische Gemeinschaft hat im Lomé IV-Abkommen mit 12,0 Mrd. Ecu einen um 41 Prozent höheren Beitrag zugunsten der assoziierten Länder für die nächsten fünf

Jahre vertraglich zugesagt. Damit ist auch auf europäischer Ebene eine Erhöhung der Hilfe vorgesehen. Aber ebenso wichtig erscheint mir: Der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und deren Wirtschaftsmodell der Planwirtschaft hat in den Entwicklungsländern zu einem großen Nachdenken geführt. Es wird uns immer wieder bestätigt – hier und aus dem EG-Bereich –, daß in die Diskussion der großen internationalen Entwicklungsgremien eine völlig neue Atmosphäre eingekehrt ist. Die Gespräche sind entideologisiert. Man spricht ganz anders als noch vor Jahren sachlich miteinander. So lassen sich auch leichter Lösungen finden.

### „Jetzt kann offen diskutiert werden“

*HK:* Trotz der erkennbaren Entideologisierung der Entwicklungsproblematik in den Entwicklungs- und wohl auch in den Industrieländern nach dem Wegfall des Drucks des Ost-Westkonfliktes und trotz der (sehr bescheidenen) Steigerungsraten in den Haushaltsansätzen – ist das Hauptproblem nicht eines des Bewußtseins? Angesichts des Wirtschaftsgefälles Ost-West kommt sozusagen eine neue eigene Art von Entwicklungsländer vor die eigene Tür, da ist es naheliegend, daß sich Europa vor allem auf sich selbst konzentriert.

*Merz:* Dies mag zum Teil so sein. Aber ich setze große Hoffnungen z. B. auch in die Bevölkerung der bisherigen DDR. Gerade kirchliche Gruppen haben dort bereits in diesem Jahr ein hohes Engagement für Dritte-Welt-Fragen in die politische Diskussion hineingetragen. Es war auch höchst erstaunlich, daß Lothar de Maizière bereits in seiner ersten Regierungserklärung die Verantwortung für die Dritte Welt sehr stark hervorgehoben hat. Und er schuf, was wir überhaupt nicht erwartet hatten, ein neues Entwicklungsministerium, um den Stellenwert der Entwicklungsproblematik gegenüber den Problemen im eigenen Land besonders herauszustellen ...

*HK:* ... von dem dann in der Restzeit der DDR nicht mehr viel zu hören war ...

*Merz:* Aber das Ministerium hat die Aktivitäten, die im Bereich der DDR völlig dezentralisiert und wenig transparent waren, zusammengeführt, und so können wir jetzt auch deren Projekte, soweit sie mit unserer Konzeption vereinbar sind, übernehmen. Ich sehe darin schon bewußtseinsbildende Maßnahmen, die hilfreich sein können. Aber natürlich gibt es besondere Schwierigkeiten für den Süden insofern, als für Fachleute aus der Bundesrepublik, die bisher bereit waren, in den Süden zu gehen, sich jetzt in den mittel- und osteuropäischen Ländern „einfachere“ Tätigkeiten anbieten ...

*HK:* Entsteht so eine neue Konkurrenz im Werben um das ohnehin knappe in Betracht kommende Personal?

*Merz:* Genau das dürfte ein Problem werden. Und es bleibt nicht auf den Personalsektor beschränkt. Parallele Entwicklungen zeichnen sich bei der Investitionstätigkeit

der Unternehmen ab. Firmen, die bereit gewesen sind, in Dritte-Welt-Länder zu investieren, eröffnen sich jetzt neue Märkte in Osteuropa. Dies dürfte zu spürbaren Verschiebungen führen.

*HK:* Es gibt eine noch nicht weit zurückliegende Umfrage des Münchner IFO-Instituts für wirtschaftliche Forschung bei bundesdeutschen Unternehmen mit dem Ergebnis, daß der überwiegende Teil der Unternehmer lieber in mittel- und ost- als in südeuropäische Länder investieren möchte. Wenn sich schon innerhalb Europas eine solche West-Ost-Verlagerung andeutet auf Kosten südlicher Länder, dann dürfte dies für Nord-Süd interkontinental um so mehr gelten ...

*Merz:* Verschiebungen wird es sicher innereuropäisch geben auf Kosten von Ländern wie Griechenland und Portugal, aber auch Spanien. Aber sehr viel mehr wird das in der Tat Länder der Dritten Welt betreffen. Als GTZ haben wir viele Unternehmensberatungen durchzuführen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Entwicklungsgesellschaft in Köln. Dabei geht es vor allem um die Gründung und den Aufbau mittelständischer Unternehmen in Entwicklungsländern. Da meinen wir, ein vermindertes Interesse feststellen zu müssen. Aber man muß auch die positiven Seiten sehen: Entwicklungsländer, die bereits Zugang zum deutschen oder zum europäischen Markt insgesamt hatten, gewinnen durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen zusätzlichen Markt.

*HK:* Wollen Sie das nur auf den gesamtdeutschen Raum erstrecken? Inwieweit zeichnen sich jetzt schon Parallelen für ganz Osteuropa – die Sowjetunion vielleicht ausgenommen – ab?

*Merz:* In dem Maße, in dem osteuropäische Länder mehr Kaufkraft zu schaffen in der Lage sind und sich auf dem Weltmarkt als Einkäufer entsprechend bewegen können, werden auch Entwicklungsländer als Anbieter zusätzliche Chancen erhalten. Die gegenwärtig sich vollziehenden Prozesse ergeben also ein sehr differenziertes Bild. Ich glaube, wir dürfen viel von dem neuen Nachdenken über die politischen und marktwirtschaftlichen Strukturen in unseren Partnerländern für eine gezielte Entwicklung erwarten, an der auch die Bevölkerung teilhaben kann. Daß dies keine vergeblichen Erwartungen sind, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß jetzt – unterstützt durch entsprechende Strukturanpassungsprogramme in vielen Ländern – Liberalisierungen stattfinden, die privaten Initiativen, die Selbsthilfegruppen mehr Spielraum geben. Mehr und mehr Regierungen fördern dies und wünschen auch mehr Beratungen darüber, wie man noch mehr Privatinitiativen mobilisieren kann. Daß hier etwas nach vorne geht, beweist z. B. die Tatsache, daß im vergangenen Jahr trotz der dortigen Krisensituation die Sahelzone einen Nahrungsmittelüberschuß produziert hat aufgrund einer veränderten Landwirtschaftspolitik.

*HK:* Hat dieser Zug zur Liberalisierung durch die Veränderungen in Osteuropa bzw. durch den Wegfall des von der Ost-West-Spannung ausgehenden ideologischen

Drucks auf Dritte-Welt-Länder einen neuen Schub erhalten?

*Merz:* Ja, das kann ich nur dick unterstreichen. Bisher war es aufgrund der Schuldensituation die Vorgehensweise des Weltwährungsfonds zusammen mit der Weltbank, die den Regierungen sagte, nur so geht es. Das hat aber die Ideologie nicht berührt bzw. konnte ihr nichts anhaben. Aber nun, nach dem Zusammenbruch in Osteuropa sehen sie, daß die Marktwirtschaft auch Vorteile hat. Das kann jetzt offen diskutiert werden. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß die Konflikte in Namibia, in Angola, in Mosambik oder auch in Kambodscha, die ja auch Stellvertreterkonflikte waren, jetzt einer Lösung zugeführt werden.

### „Entwicklungsarbeit kann nur Effekte bringen, wenn sie an Schlüsselpunkten ansetzt“

*HK:* Nun gibt es aber Hinweise und Erwartungen auch ganz anderer Art. Es wird nicht nur gesagt, was Sie sagen, nun habe es endlich mit der ideologischen Zweiteilung der Welt und den Stellvertreterkonflikten ein Ende, sondern jetzt würden Entwicklungsländer endlich in ihre eigene Selbständigkeit entlassen. Damit verbindet sich eine ziemlich harte Fundamentalkritik an 30 Jahren Entwicklungspolitik vor allem westlicher Länder. Verbunden ist damit die These: Es hilft nichts anderes, als daß sich die Entwicklungsländer selber helfen. Wie beurteilen Sie solche Erwartungen?

*Merz:* Ich glaube, da muß man zunächst schlicht klarmachen, was der Stellenwert der Entwicklungshilfe im Entwicklungsprozeß unserer Partnerländer ist. Zählt man alles zusammen, dann macht die von außen geleistete Entwicklungshilfe im Schnitt höchstens 10 Prozent der Investitionen und Finanzierungen aus ...

*HK:* Aber das ist sehr unterschiedlich nach Ländern ...

*Merz:* Das ist natürlich unterschiedlich nach Ländern und auch Kontinenten. In Afrika ist der Außenbeitrag höher als in Lateinamerika und höher auch als in Asien. Aber das heißt doch, 90 Prozent der Leistungen haben die Entwicklungsländer immer schon selbst aufgebracht. Zum Beispiel betrug pro Kopf der Bevölkerung die Gesamt-Entwicklungshilfe 1987 aller Geber für Burkina Faso 34 US \$ und für Bangladesch 16 US \$. Die Hilfe für sich gesehen ist also marginal. Sie kann überhaupt nur Effekte bringen, wenn wir damit an Schlüsselpunkten ansetzen und dort multiplikatorisch, modellartig vorführen, wie bestimmte Probleme zu lösen sind, damit sie dann die Länder selbst lösen können.

*HK:* Ansetzen an strategischen Punkten: heißt das auch, daß jetzt der Druck der Geberländer, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, größer wird?

*Merz:* Ganz ohne Zweifel. Und viele Länder sind schon

dabei, das auch zu tun. Nachdem man am Beispiel des Ostens gesehen hat, wohin es führt, wenn mit völlig falschen Wirtschaftskonzepten gearbeitet wird, ist die Bereitschaft dazu viel größer geworden. Und der Norden wird als Staatengemeinschaft nicht mehr bereit sein, Ländern mit erwiesenermaßen falschen Konzepten weiter Hilfe zu geben. Das läßt auf eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hoffen, die dazu führt, daß sowohl die eigenen Aufwendungen wie die Hilfe von außen zu besseren Entwicklungschancen führen.

*HK:* Aber solcher Druck kann auch sehr ambivalent sein. Er kann nicht nur eine Liberalisierung der Rahmenbedingungen bewirken, sondern auch, daß ein bestimmtes marktwirtschaftliches Modell – manche sprechen von OECD-Kapitalismus – aufgezwungen wird, durch das Entwicklungsländer schlicht überfordert oder an die Wand gedrückt werden ...

*Merz:* Sicher läßt sich die reine soziale Marktwirtschaft nicht von heute auf morgen und gar weltweit einführen. Wie schwierig das ist, erleben wir gegenwärtig im Osten. Aber es gibt z. B. zunehmend Anträge an die deutsche Bundesregierung aus Entwicklungsländern, man möge ihnen helfen, marktwirtschaftliche Elemente einzuführen, etwa durch die Einrichtung ländlicher Kreditsysteme. Oder es wird um Beratung gebeten, wie man die Agrarpreisstruktur verändern kann, wie kleine Handwerksbetriebe gefördert werden können. Das sind alles Dinge, die früher so nicht gesehen wurden. Dazu kommt, daß inzwischen Staaten, gerade junge Staaten in Afrika, erkennen, daß sie sich als Staat zu viel aufhalsen, so daß sie aufgeblasene Apparate haben, die in alle Facetten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hineinreichen und Budgets für den öffentlichen Dienst erforderlich machen, die sich Entwicklungsländer einfach nicht leisten können.

*HK:* Sind das mehr theoretische Einsichten, oder ist die Bereitschaft zur Privatisierung, zur Entstaatlichung tatsächlich im Wachsen?

*Merz:* Die Bereitschaft zur Entstaatlichung, zur Abgabe von Funktionen und Unternehmungen an eigenständig arbeitende Institutionen nimmt unter dem Eindruck des Scheiterns in Osteuropa und unter dem Druck der Zahlungsschwierigkeiten zweifellos zu. Und dieser Prozeß verdient es, unterstützt zu werden.

### „Die sozio-kulturellen Bedingungen sind nur schwer zu verändern“

*HK:* Ist das aber nicht zu westlich, um nicht zu sagen, zu deutsch gedacht? Die nachkolonial geschaffenen Staaten befinden sich, denkt man etwa speziell an Afrika, erst im Stadium des „nation building“, soweit bei den künstlichen-nachkolonialen Gebilden von Nation überhaupt geredet werden kann. Ist es da angesichts der vielfältigen,

stets konflikträchtigen ethnischen, politischen und sozialen Gegensätzen nicht eher natürlich, daß die staatlichen Institutionen sich aufblasen und Wirtschaft und Gesellschaft zu absorbieren versuchen, mit dem Ergebnis freilich, daß der Staat wegen Überlastung nicht einmal mehr in der Lage ist, seine Grundfunktionen wahrzunehmen. Kann hier ein Gleichgewicht überhaupt anders gefunden werden als in einem generationenumspannenden Kultur- und Gesellschaftswandel?

*Merz:* Die Erkenntnis, daß Elemente der Marktwirtschaft nicht eingeführt werden können, wenn nicht auch im politischen Bereich der Bevölkerung Mitwirkung ermöglicht wird, wird inzwischen zumindest diskutiert. Andererseits haben Sie völlig recht, die sozio-kulturellen Bedingungen sind nur schwer zu verändern. Unser demokratisches System ist nicht einfach übertragbar, sondern die Partnerländer müssen eigene Formen der politischen Führung und der Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungen entwickeln. Das Problem wird sein, trotz der dafür notwendigen langfristigen Prozesse, die nie ohne Rückschläge abgehen, ein Mindestmaß an politischer Stabilität durchzuhalten. Wir sehen es gerade an Liberia oder jetzt wieder an Ruanda, wie schnell Chaos und Bürgerkrieg hereinbrechen können.

*HK:* Sie sagen, trotz der Notwendigkeit von Liberalisierung, Privatisierung und Entstaatlichung geht es nicht ohne in sich stabile und insofern auch starke staatliche Instanzen. Zum anderen sagen Sie, das alles geht nicht ohne wirksame Teilnahme und Teilhabe der Bevölkerung. Ist das nur ein Problem der Regierungen oder nicht vielmehr auch der Bevölkerung? Politische Partizipation hängt ja auch vom Gesamtkulturgefüge ab. Moralisieren wir das Problem gelegentlich nicht allzusehr?

*Merz:* Ich bin in vielen Dorf- und Gruppenversammlungen gewesen, in denen wir versucht haben, Projekte zu planen und abzustimmen, nach Prioritäten, wie sie die Bevölkerung sieht. Die dörflichen Bevölkerungen haben weltweit eine Tradition des Konsensbildens. Das ist durch die modernen Strukturen nur nicht mehr beachtet worden. Von daher glaube ich, daß auch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente, der Aufbau von Genossenschaften, die Formierung des Kleingewerbes in Verbänden Übungsfelder für Mitbestimmung und Teilhabe sein können und daß so ein neues Training für Konsensbildung entsteht.

*HK:* Was wieder die These stützen würde, daß eine Demokratisierung erst einer gewissen wirtschaftlichen Entwicklung folgen kann und nicht umgekehrt ...

*Merz:* In der Regel nicht umgekehrt. Ich will es aber auch einmal, weil Sie das vorhin angesprochen haben, so formulieren: Wir sehen unsere Aufgabe in unseren Partnerländern darin, dazu beizutragen, den Staat auf seine Kernaufgaben zurückzuführen, ihn dort aber so zu qualifizieren, daß er da seine Aufgaben möglichst auch erfüllen kann. Es ist also ein zweiseitiges Unterfangen. Zum einen

gilt es, Funktionen herauszunehmen, wo immer sie möglich sind, um sie dort anzusiedeln, wo sie besser wahrgenommen werden können, also Subsidiarität zu praktizieren. Auf der anderen Seite aber müssen wir den Staat stärken und sein Personal trainieren helfen, daß es die geeigneten Entscheidungsgrundlagen findet und sie auch richtig anwenden kann.

*HK:* Kann solches Training innerhalb verträglicher Fristen überhaupt gelingen, wenn man etwa bedenkt, daß das gesamte, gewiß nur punktuell überhaupt greifende Schul- und Bildungssystem, in dem die christlichen Missionen, wenn auch wiederum nur punktuell stark waren, nicht bewirkt hat, woran solches Training ansetzen oder weiterwirken könnte?

*Merz:* Diesbezüglich muß man sehen, daß Schulabsolventen, die gut waren, Strukturen, wo sie ihre Kenntnisse anwenden konnten, nur im staatlichen Bereich vorfanden. Deswegen sind alle dorthin gewandert. Es gab ja kaum eigene Wirtschaftstätigkeit mit qualifizierten Positionen. Es war ein großer Nachteil der Entwicklung, daß die Intelligenz vornehmlich in Regierung und öffentliche Verwaltung ging oder hineingezogen wurde und sie sich nicht wie bei uns in allen möglichen Einrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft etabliert hat.

*HK:* Erweist sich aber das Bildungssystem nicht auch heute noch als weitgehend dysfunktional? Bildung ist als Schulbildung in vielen Ländern vornehmlich an Elitebildung im humanistisch-europäischen Sinne und wenig an der Berufspraxis orientiert. Man stößt auf den Philippinen oder an der Elfenbeinküste auf Schulen mit Unterrichtsstoffen und Lernzielen, wie man sie aus Frankreich, Spanien oder auch aus Italien kennt. Berufliche Bildung ist einer der Schwerpunkte entwicklungspolitischen Einsatzes. Inwieweit können hier Gegengewichte geschaffen werden?

*Merz:* Es war nicht so sehr Elitebildung, sondern die zu theoretische Ausrichtung der Bildungssysteme; selbst im Berufsschulsektor war es mehr die Kreideausbildung an der Tafel und nicht die in der Werkstatt ...

*HK:* Aber vorherrschend theoretische Ausbildung, die zur Elitebildung in der Weise geführt hat, daß durch die Art der vermittelten Kenntnisse die Konzentration von Absolventen in den Einrichtungen des Staates zusätzlich gefördert wird ...

*Merz:* Da haben Sie völlig recht. Man meinte, man habe damit auch schon das nötige Wissen auch in den gewerblichen Fächern, während sich zeigt, daß solche Absolventen für den Einsatz in Produktion, Handel und Dienstleistung, wie wir es gewohnt sind, wenig tauglich sind. Inzwischen aber haben wir interessante Entwicklungen. In einer Reihe von Ländern werden unsere mit sehr viel Praxis angereicherten Modelle als vorbildlich akzeptiert mit der Folgewirkung, daß wir mehrfach gebeten wurden, auf der nationalen Ebene für die gesamte berufliche Bildung die Curricula umzuschreiben. Auf solche Weise haben wir

in einer ganzen Reihe von Ländern das gesamte System und nicht nur einzelne Schulen verändert. Und nach dem Kontakt von Einheimischen mit dem dualen System hier folgte in mehreren Ländern die Einführung des dualen Systems dort ...

*HK:* Gibt es diesbezüglich eine erkennbare Konkurrenz zwischen dem deutschen Modell und Modellen aus romanischen oder auch angelsächsischen Ländern?

*Merz:* Das duale System ist eine typisch deutsche Erfindung. Wir sind erstaunt, daß unsere Partner, wenn sie in diesem Bereich deutsche Hilfe beantragen, häufig argumentieren, daß ihnen die anderen europäischen Systeme weniger praxisnah vorkommen. Dies muß nicht aus der Luft gegriffen sein, denn die frankophonen wie die anglophonen Länder haben ihre Erfahrungen mit den anderen Systemen bereits hinter sich. Unser System erweist sich als variabler im beruflich-technischen Bereich. Deswegen wird unsere Facharbeiter- und Technikerausbildung immer mehr zu einem Markenzeichen. Z. B. hatte die chinesische Regierung noch kurz vor den blutigen Ereignissen auf dem Platz des himmlischen Friedens beschlossen, im ganzen Land mit deutschen Beratern das duale System einzuführen.

### „Es gab die Euphorie, wenn man erst die Industrie habe, laufe das andere mit“

*HK:* Darf ich noch einmal zurückkommen auf die Fundamentalkritik an der bisherigen Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe. Das Schlagwort heißt ja: Trotz dreier Entwicklungsdekaden – wir sind am Beginn der vierten – nehmen Verarmung und Verelendung zu. Alle Entwicklungszusammenarbeit sei trotz der aufgezeigten Chancen im Grunde ein Fehlschlag.

*Merz:* Die Schlagworte lauten so, aber die einschlägigen Berichte der Weltbank und der Vereinten Nationen ergeben ein anderes Bild. In ihnen wird z. B. festgestellt, daß trotz der Beinahe-Verdoppelung der Bevölkerung, die durchschnittliche Lebenserwartung in den Entwicklungsländern in den letzten 25 Jahren von 46 auf 62 Jahre angestiegen ist; daß inzwischen immerhin 61 Prozent der Menschen dort Zugang zu den Basisgesundheitsdiensten haben, die Kindersterblichkeit sich halbiert und die Kalorienversorgung pro Kopf um 20 Prozent zugenommen hat. Die Alphabetisierungsrate schließlich ist von 43 Prozent in 1970 auf 60 Prozent im Jahre 1985 gestiegen. Freilich können solche positiven Durchschnittskennzahlen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung zeitlich wie örtlich von Land zu Land und zwischen einzelnen Ländergruppen sehr verschieden ist. Wir haben in den 60er und 70er Jahren weltweit durchwegs Fortschritte gehabt. Mit der Verschärfung der Verschuldung in den 80er Jahren kamen die Rückschläge, übrigens mehr noch in Afrika als in Lateinamerika. So wurden während der letzten Dekade in Afrika pro Kopf 20 Prozent weniger Nah-

rungsmittel produziert als in den vorausgegangenen. Wir haben dort die Situation, daß das Bevölkerungswachstum um 3,3, die Nahrungsmittelproduktion aber nur um 1,7 Prozent gestiegen ist. Das hat aber nicht allein mit der Bevölkerungsentwicklung zu tun, sondern auch damit, daß in vielen Ländern die Prioritäten zugunsten der landwirtschaftlichen Entwicklung zu spät gesetzt wurden, daß die Landwirtschaft nur mitlief und der Schwerpunkt auf die industrielle Entwicklung allein gelegt wurde ...

*HK:* Das ist wohl mit ein Fehler der Entwicklungsstrategien der Geberländer und der internationalen Entwicklungsinstanzen ...

*Merz:* ... auch eine Folge der Prioritäten, die die Entwicklungsländer selbst gesetzt haben. Aber natürlich hat es auch Beratung gegeben aus der Euphorie heraus, wenn man erst Industrie habe, dann laufe das andere mit. Wir haben immer gesagt, die ländlichen Räume müssen zuerst entwickelt werden. Und inzwischen verlagern sich die Prioritäten auch in diese Richtung. Wenn wir gegenwärtig z. B. in Tansania seit vielen Jahren wieder eine Maisüberproduktion haben, dann ist das auch die Wirkung einer veränderten Agrarpolitik.

*HK:* Heißt örtlich und zeitlich unterschiedlich, daß, während einige Entwicklungsländer als sog. Schwellenländer in Lateinamerika oder die sog. fünf Tiger in Ostasien sich den Industrieländern nähern, der Graben zwischen Dritter und Viertes Welt, zwischen Armen und Ärmsten noch breiter und tiefer wird? Und inwieweit ist die Entwicklung der Schwellenländer wirklich auf Entwicklungszusammenarbeit und nicht einfach auf das stärkere humane, technische und materielle Eigenpotential der betreffenden Länder zurückzuführen?

*Merz:* Es ist sicher so, und das ist der eigentliche Schwachpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, daß die Unterschiede unter den Entwicklungsländern selbst größer geworden sind. Das zeigt die Aufschlüsselung der globalen Zahlen, und die Unterschiede drohen sich noch zu verschärfen. Zu Ihrer zweiten Frage: Es ist sicher schwierig, Entwicklungseffekte zuzurechnen. Um ein Beispiel zu nennen: Wir haben in Thailand einen Schwerpunkt der beruflichen Ausbildung und der Exportförderung in Richtung europäischen Markt gehabt. Welche Bedeutung der innerhalb der Gesamtentwicklung des Landes hatte, ist schwer auszumachen. Ähnliche Beispiele könnte ich Ihnen zu Singapur nennen. Aber eines ist sicher, positive Entwicklungen haben wir keineswegs nur in Schwellenländern, sondern auch in Südasien, in Indien vor allem. Dasselbe gilt für lateinamerikanische Länder. Das eigentliche Sorgenkind bleibt südlich der Sahara Schwarzafrika.

*HK:* Vom Verschuldungsproblem waren während der 80er Jahre die Schwellenländer im Verhältnis nicht weniger betroffen als Länder mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen, wenn man etwa an Brasilien oder Mexiko denkt ...

*Merz:* Diese Länder haben sich aber durch ihre Wirt-

schaftspolitik selbst in Schwierigkeiten gebracht. Korea z. B. ist durch die ganze Verschuldungskrise ohne alle Probleme durchgegangen aufgrund einer ganz anderen Politik. Man beschränkte sich dort darauf, die eigenen Ersparnisse einzusammeln und zu investieren und nur im Maß der eigenen Produktivitätssteigerung auch Außenkredite aufzunehmen. In Lateinamerika war man da großzügiger. Das müssen die Länder dort nun sanieren. Man muß aber auch sehen, daß die Verschuldungskrise zwar kein Naturereignis, aber ein sehr komplexer Vorgang ist. Die Ölpreise gingen hoch, der Geldüberschuß kam in unser Bankensystem, mußte profitabel angelegt werden. Bei uns herrschte Rezession, man ging in die Dritte Welt, da dort Geld doch gebraucht wurde. Wer aber nicht sehr stabil war und das Geld nicht in profitable Projekte investieren konnte, hat es in konsumtive Ausgaben gesteckt und damit keine Möglichkeit mehr der Rückzahlung.

*HK:* Nun kommt am Beginn der 90er Jahre eine neue Verschärfung dazu: die Ölpreise gehen wegen der Golfkrise von neuem hoch, der Dollar verfällt oder unterliegt starken Schwankungen. Dadurch verschlechtern sich Import- und Exportkonditionen der Entwicklungsländer. Wie nachhaltig und langfristig werden die Wirkungen sein?

*Merz:* Wir können nur hoffen, daß die Golfkrise rasch gelöst werden kann, so daß die langfristigen Wirkungen doch nicht so eintreten wie durch die vorausgegangenen Krisen. Im übrigen haben die anderen Ölstaaten die Produktion ja schon erhöht, so daß der Ausfall Kuweits und des Irak kompensiert werden kann. Dies braucht eine gewisse Zeit ...

*HK:* Die Ölmultis scheint das nicht sehr zu beeindrucken ...

*Merz:* Zunächst nicht. Aber das Rohöl kommt ja in größeren Mengen wieder auf den Markt, dann können sie nicht mehr ausweichen. Von daher ist zu erwarten, daß die Wirkungen der Golfkrise nicht so scharf durchschlagen. Allerdings hängt alles davon ab, ob und wie schnell eine politische Lösung gefunden wird. Eine Verschärfung oder gar Ausweitung der Krise würde enorme Mittel absorbieren, die dann für die Entwicklungsländer nicht mehr zur Verfügung stünden.

### „Die Lage wird wirklich bedrängend“

*HK:* Es fällt auf, daß in letzter Zeit über das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer besonders scharf diskutiert wird. Der jüngste UN-Bevölkerungsbericht liefert dafür alarmierende Zahlen und Einsichten. Wozu kann das führen? Daß der Bevölkerungsfrage der herausragende Rang, den sie hat, endlich auch praktisch und übereinstimmend zuerkannt wird? Oder wird die Bevölkerungsfrage, indem man sie herausnimmt aus dem Gestrüpp der Gesamtfaktoren und sie isoliert, erneut zum großen entwicklungspolitischen Alibi?

*Merz:* Es wird immer deutlicher, daß übermäßiges Wachstum der Bevölkerung vor allem zu großen Umweltschäden führt. Mehr Bevölkerung braucht mehr Holz, das führt zu mehr Erosion und Desertifikation (Wüstenbildung), und das wiederum bedeutet mehr Armut. Das ist ein Teufelskreis.

*HK:* Insofern ist die Bevölkerungsfrage wohl erst mit dem Sichtbarwerden der ökologischen Folgekosten in ihrem Gewicht voll erkannt worden ...

*Merz:* Das sehe ich auch so. Bisher haben viele gemeint, die Probleme ließen sich durch Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion lösen. Aber ein Bevölkerungswachstum zwischen 3,2 und 3,5 Prozent/Jahr und darüber in vielen Ländern macht es unmöglich, den Wettlauf durch Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion zu gewinnen. Der Bevölkerungsüberschuß ist ja nicht nur wegen der wachsenden Kinderzahlen an sich ein Problem. Man muß auch die Wirkungen hoher Kinderzahlen z. B. für die Mütter sehen, ein Gesichtspunkt, der bisher fast völlig außer acht gelassen wurde. Wenn in afrikanischen Ländern im Durchschnitt jede Mutter – in der Regel in kurzen Intervallen – sechs Kinder zur Welt bringt, dann führt das zu Gesundheitsschäden und zu einer hohen Müttersterblichkeit durch Überbelastung. Das ganze humane, familiale Potential bricht damit zusammen und steht dann natürlich für eine sinnvolle Entwicklungsarbeit auch nicht mehr zur Verfügung.

*HK:* Nun zeigt sich gerade am Bevölkerungswachstum eine fatale Interdependenz entwicklungshemmender Faktoren. Der Bevölkerungszuwachs ist ja nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß die Segnungen der modernen Medizin schneller wirksam werden als eine Bevölkerung sich auf die veränderten Umstände einzustellen vermag. Wenn Sie nun sagen, an die 61 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern habe inzwischen Zugang zu den gesundheitlichen Basisdiensten und die Lebenserwartung habe sich so und so erhöht, dann ist auch zu fragen, unter welchen Gesichtspunkten sind das entwicklungsfördernde oder entwicklungshemmende Faktoren?

*Merz:* Es sind insoweit entwicklungsfördernde Faktoren, als für diejenigen, die bei der Geburt überleben, mehr medizinische Versorgung angeboten werden kann. Aber es ist natürlich auch so, daß die Familienplanung in der Verantwortung der Familie liegt und somit in den soziokulturellen Kern der Traditionen der Menschheit hineinreicht. Man kann sie deshalb nicht angehen wie einen landwirtschaftlichen Beratungsdienst. Vielmehr gilt es da, ein ganz großes Aufklärungsproblem anzugehen bei Frauen und bei Männern. Es muß bewußtgemacht werden, welche Probleme durch eine hohe Kinderzahl zusätzlich entstehen, wenn man will, daß alle überleben, und wenn die Kinder besser ausgebildet werden sollen. Es muß aufgezeigt werden, daß die traditionellen Notwendigkeiten – eine hohe Kinderzahl als Arbeitskräfte auf dem Lande und als Sozialversicherung im Alter – auf-

grund der neu eingeführten Techniken nicht mehr gelten. Es müssen die neuen Daten vermittelt werden. Für uns ist aber auch klar, daß Familienplanung – auch als Gegenstand von Projekten – nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern eingebunden bleiben muß in einen integrierten Ansatz des Gesundheitsdienstes für Mutter und Kind.

### „Die Entwicklung des ländlichen Raumes muß konsequent weitergeführt werden“

*HK:* Während seiner letzten Afrikareise gab es Kritik auch aus Ihrem Hause an Äußerungen des Papstes zu Bevölkerungswachstum und Familienplanung. Nun sind die christlichen Kirchen einschließlich der katholischen Kirchenführung gerade in dieser Materie nicht die einflußreichste Instanz, aber wird speziell die katholische Kirche ihrer Aufklärungs- und Hilfspflicht gerecht?

*Merz:* Die Lage wird wirklich bedrängend. Ich brauche nicht an Bangladesch oder Ruanda/Burundi zu erinnern. Wenn wir überhaupt nichts tun, werden in absehbarer Zeit ganz neue Flüchtlings- bzw. Wanderungsbewegungen ungeahnten Ausmaßes einsetzen. Das können wir nicht wollen, sondern wir müssen dazu beitragen, daß die Menschen in ihren jeweiligen eigenen Ländern eine Lebenschance haben. Deswegen bin ich schon der Meinung, daß auch die Kirche die Aufgabe hat, den Eltern ins Gewissen zu reden und sie nicht einfach in ihrem traditionellen Verhalten zu bestärken: in der Bildungsarbeit, in der Familienarbeit und in der Pastoral überhaupt. Und es gibt ja auch Programme in kirchlicher Trägerschaft, in denen das vorbildlich geschieht ...

*HK:* Aber da gibt es das leidige Methodenproblem ...

*Merz:* In der Tat. Misereor z. B. bietet Programme der natürlichen Familienplanung an. Dies erfordert aber eine intensive Ausbildungsbegleitung der Eltern, um damit richtig und wirksam umgehen zu können. Aber was die Frage insgesamt und die anderen Methoden betrifft: wir haben überhaupt keine Wahl mehr, weil die Regierungen selbst sie einführen. Als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit haben wir allerdings darauf zu achten, daß die Entscheidung über die Methode voll in der Verantwortung der Eltern bleibt, daß aufgeklärt, aber über die staatlichen Dienste kein Zwang ausgeübt wird.

*HK:* Aufklärung, aber kein Zwang, das kann wohl auch nur wirksam werden im Rahmen eines umfassenden Kulturwandels, der aber zwei, drei Generationen braucht ...

*Merz:* Man ist ganz erstaunt, wie schnell Menschen erkennen, in welcher Situation sie sind. Wir führen in Bangladesch ein großes Ausbildungsprogramm für den Familienplanungsdienst durch. Helferinnen von dort berichten uns, daß sie bei den Frauen offene Türen einrennen. Sie fragen: wir haben schon drei, vier Kinder, wie sollen wir uns nun verhalten? Es ist nicht mehr so, daß erst die Be-

reitschaft zur Änderung des generativen Verhaltens geweckt werden muß. In den großen Elendsvierteln der Städte gibt es Frauen und allmählich auch Männer genug, die nicht mehr in die Situation kommen möchten, in denen ihre Nachbarn schon sind.

*HK:* Parallel und teilweise in direkter Abhängigkeit von der Bevölkerungsexplosion tickt eine zweite Zeitbombe, die massive Verstädterung, das Anwachsen von Metropolen, die in ihrem sozialen und humanen Gefüge aus allen Nähten platzen. Kommt das Konzept von einer integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes zu spät, um den laufenden Prozeß noch bremsen oder gar aufhalten zu können? Und ist diese Fehlentwicklung nicht ebenfalls von Entwicklungs- und Industrieländern gemeinsam verursacht?

*Merz:* Wo Bauern sich nicht mehr von der eigenen Produktion ernähren können, ist es ganz natürlich, daß Menschen in die Städte fliehen. Hinzu kommen Fragen der Agrarstruktur. Aber richtig ist auch, daß der ländliche Raum nicht mit vergleichbaren Dienstleistungen versehen wurde wie die Städte; dies hat den Sog in Richtung Städte verstärkt. Nach Projektionen der UN werden im Jahr 2000 fast 50 Prozent der Bevölkerung von Entwicklungsländern, ca. 2 Mrd. Menschen, in Städten wohnen, davon die Hälfte in Millionenstädten. Jeder vierte Städter wird in Megastädten mit mehr als 4 Mio. Einwohnern wohnen. Die Zahl dieser Städte wird von 22 im Jahr 1980 auf 50 im Jahre 2000 wachsen (gegenüber nur 16 Städten dieser Größenordnung in den Industrienationen). Die Situation wird deshalb in der Tat äußerst schwierig. Auf der einen Seite haben wir die wachsenden Elendsviertel rund um die Großstädte. Konzentriert man sich aber nur auf sie, ohne die Landflucht abzublocken, dann wird die Humanisierung der Elendsviertel noch einen zusätzlichen Sogeffekt auslösen. Deswegen muß, und Gott sei Dank hat sich die Politik inzwischen in den meisten Ländern darauf eingestellt, die Entwicklung des ländlichen Raumes so konsequent weitergeführt werden, daß zur Flucht in die Elendsviertel kein Anlaß mehr besteht. Das bedeutet aber nicht nur eine entsprechende Weiterentwicklung der Landwirtschaft; es müssen auch ländliche Regionalzentren aufgebaut werden mit entsprechenden Dienstleistungen für Kredite, Verwaltung, Gesundheit usw.

### „0,4 Prozent ist für eine reiche Nation eine marginale Größe“

*HK:* Aber haben sich die Erwartungshaltungen in Richtung Stadt inzwischen nicht schon so verfestigt, daß Gegenstrategien kaum noch wirksam werden?

*Merz:* Das ist schwer einzuschätzen. Es gibt darüber auch keine einschlägigen Untersuchungen. Wir jedenfalls führen eine ganze Reihe von Programmen durch, in denen wir mit Erfolg versuchen, durch Schaffung von solchen Zentren im Hinterland die Entwicklung ländlicher Regionen voranzubringen und durch ein verstärktes Dienstlei-

stungsangebot dort – einschließlich der nötigen Einrichtungen für die Vermarktung ländlicher Produkte – die Landflucht einzudämmen.

*HK:* Eine wahrscheinlich sehr laienhafte Frage zum Schluß: Wenn man die vielfache Verschränkung entwicklungshemmender und entwicklungsfördernder Faktoren sieht, wie sie auch in unserem Gespräch sichtbar geworden sind, und deren vielfältige kulturelle Bedingtheit in Rechnung stellt, ist dann noch so sehr entscheidend, ob die Kapitalhilfe nun 0,4 oder 0,7 des Bruttosozialprodukts beträgt? Kommt es nicht sehr viel mehr auf qualitative Veränderungswirkung der eingesetzten Mittel an, und bringt uns die Öffnung der eigenen Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern, der Abbau protektionistischer Maßnahmen nicht sehr viel weiter, auch im Sinne einer richtig verstandenen Partnerschaft als die Erhöhung von Kapitalhilfe für sich genommen?

*Merz:* Wir müssen beides machen. Die Qualität der Hilfe muß so sein, daß sie den Ländern wirklich weiterhilft. Aber schon die Frage, was ist Qualität, ist schwierig. Sie kann eigentlich in nichts anderem bestehen als in möglichst genau angepaßten Problemlösungen, die die Fach- und Führungskräfte in den Entwicklungsländern auch anwenden können. Und dies läßt sich nie abschließend klären, sondern ist ein ständig weiterlaufender Anpassungsprozeß. Gerade dafür aber brauchen die Länder mehr Geld, auch als Hilfe von außen, um in kürzerer Zeit Wirkungen zu erzielen, als es mit den eigenen Mitteln allein möglich wäre.

*HK:* Dennoch: brauchen Entwicklungsländer nicht mehr Personal als Geld, Personal, das beim Aufbau der Infrastrukturen und beim Ingangsetzen von Selbsthilfegruppen hilft? Und muß von daher nicht auch unser Reden vom Teilen stärker unter qualitativen Aspekten, einschließlich der personellen, gesehen werden?

*Merz:* Wenn ich sehe, daß wir nur etwa 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen, dann ist das für eine reiche Nation eine marginale Größe. Von Teilen würde ich da gar nicht erst reden.

*HK:* Ich wollte nicht dazu beitragen, reiche Industrieländer und ihre Bevölkerung von höherer Kapitalhilfe zu dispensieren, sondern nur im Blick auf die Entwicklungsprozesse vor Ort fragen, ob nicht noch mehr als die Kapital- die personelle Hilfe in Form von Beratung und Anleitung verstärkt werden muß – trotz der eingangs angedeuteten neuen Konkurrenzsituation durch die Veränderungen im Osten. Zudem wird das Teilen da viel konkreter, als wenn man es primär nur unter monetären bzw. quantitativen Aspekten sieht ...

*Merz:* Natürlich ist der monetäre Faktor nur ein Aspekt. Der personelle ist ein ebenso interessanter. Mehr Geld hilft zunächst nichts, wenn nicht durch den Aufbau von Trägerstrukturen und die Planung geeigneter Projekte die Absorptionskraft vor Ort gestärkt wird, die Fähigkeit,

mit dem verfügbaren Geld auch richtig umzugehen. Wir versuchen das als GTZ in sehr enger Kooperation mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau auch zu erreichen. Dazu gehört im Sinne Ihres Teilungsbegriffs natürlich auch das Mitaushaltenmüssen der Situation und der Probleme vor Ort. Unsere Mitarbeiter sitzen in schlecht eingerichteten Büros, sie fahren in die Dörfer, sie nehmen teil an schwierigen Besprechungen, erfahren die Ausweglosigkeit, die dort oft durchschlägt, das heiße Klima und versuchen so, ihr Sachwissen zu vermitteln. Da wird mitgearbeitet und mitgelitten, und das wird von hochrangigen Partnern auch anerkannt. Geld nur per Scheck, da haben Sie recht, das brächte nicht viel.

### „Die personelle Hilfe ist wichtig, nicht nur für die Entwicklungsländer“

*HK:* Nun ist aber die Bereitschaft zum Einsatz in den sozialen Diensten insgesamt nicht gerade im Wachsen – die Diskussion um Zivis und soziales Pflichtjahr macht das deutlich. Und der Andrang von Entwicklungshelfern ist auch nicht groß. Sehen Sie überhaupt die Möglichkeit, hier Potentiale in größerem Umfang freizusetzen? Einen diffusen Entwicklungsidealismus unter Jugendlichen gibt es ja nach wie vor, aber wie kann dieser in persönlichen Einsatz vor Ort umgesetzt werden?

*Merz:* Leicht ist die Aufgabe nicht. Wir versuchen, durch unsere Öffentlichkeitsarbeit das Feld vorzubereiten, geeignete Leute ausfindig zu machen und für einen konkreten Einsatz zu motivieren, so daß wir im Bedarfsfall gezielt nachhaken können, um Fachleute für ganz bestimmte Aufgaben zu gewinnen. Und ich denke, daß das Klima bei den jungen Leuten in den letzten Jahren dafür insgesamt eher günstiger geworden ist. Die Diskussion über neue Werte, das Suchen nach wirklich sinnvollen Aufgabenstellungen verbessert die Ausgangslage. Allerdings müssen die Leute, um einsatzfähig zu sein, eine Fachausbildung schon mitbringen. Und da könnte es wegen der Öffnung nach Osten noch schwieriger werden. Aber wir haben auch schon eine Menge Nachfragen aus den neuen Bundesländern, so daß ich einigermaßen zuversichtlich bin.

*HK:* Auch bezüglich neu zuwachsender Potentiale aus osteuropäischen Ländern?

*Merz:* Auch diesbezüglich. Und trotz der genannten und absehbaren Schwierigkeiten bin ich auch der Meinung, daß angesichts einer enger zusammenwachsenden Welt die personelle Hilfe noch an Bedeutung gewinnen wird. Sie ist wichtig nicht nur für Entwicklungsländer, sondern in den Wirkungen auch für uns. Sie ermöglicht langjährige Lebenserfahrung in einem anderen Kulturraum. Das führt zu einem Verständigungsprozeß zwischen Menschen und Kulturen unterschiedlicher Prägung, auf den wir nicht verzichten können, wenn wir uns besser verstehen und friedlich miteinander auskommen wollen.